

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 90 (1996)
Heft: 7-8

Artikel: Sicherheit mit oder gegen Russland?
Autor: Zumach, Andreas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143987>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheit mit oder gegen Russland?

Die NATO bewegt sich in einem gefährlichen Fahrwasser, indem sie eine neue Grenze durch Europa zieht. Gefragt ist eine gesamteuropäische Sicherheits- und Friedenspolitik, wie sie am ehesten in der OSZE angelegt wäre. Der Journalist Andreas Zumach hat in seinem Beitrag an der Tagung «Chancen und Risiken europäischer Friedenspolitik – OSZE oder NATO?» vom vergangenen 1. Juni hinter die Kulissen der europäischen Sicherheitsdiskussion geschaut. Das Referat zeigt auf, wie es den NATO-Gewaltigen immer wieder gelingt, OSZE und UNO auszutricksen, um ja keine Zweifel an der Legitimation des «westlichen Verteidigungsbündnisses» nach dem Ende des Kalten Kriegs aufkommen zu lassen. Das vorangehende Tagungsreferat von Stella Jegher ist in seinen Grundzügen bereits im letzten Maiheft veröffentlicht worden. Red.

Mythen über die Zeit vor 1990

Zur Betrachtung der heutigen Situation der NATO und der Sicherheitspolitik in Europa lohnt ein Blick auf die Zeit vor 1990, zu welcher viele Mythen existieren. Dass die NATO vor 1990 ein *reines Verteidigungsbündnis* gegenüber der Bedrohung durch die Sowjetunion gewesen sei, ist nur die halbe Wahrheit und der hartnäckigste dieser Mythen. Formal war die NATO für die Verteidigung ihres Vertragsterritoriums vorgesehen, de facto haben immer wieder Mitgliedstaaten die NATO-Logistik für ihre ausserterritorialen Interventionen eingesetzt, so z.B. in Vietnam. Die NATO unterstützt(e) indirekt auch totalitäre Regime mit Logistik und Waffenlieferungen, früher zum Beispiel Portugal, jetzt die Türkei.

Was die NATO zur *Sicherung des Vertragsgebiets* als notwendig erachtete, wurde unhinterfragt unter der Führung der Vereinigten Staaten geplant und durchgeführt. Gleichzeitig waren die Vorstellungen von einer gemeinsamen Politik innerhalb der westlichen Militärallianz immer wieder umstritten. Dies sehen wir in den Auseinandersetzungen um die Einsatzkonzepte von Atomwaffen, die sich in den achtziger Jahren zugespitzt haben. In der Frage

der Stationierung der «*Pershing 2*»-Mittelstreckenraketen wurden in Westeuropa Befürchtungen laut, die USA versuchten, sich von Westeuropa abzukoppeln.

Ab Mitte der achtziger Jahre begann dann die «*Out of area*»-Debatte um NATO-Einsätze über das Vertragsgebiet hinaus. Selbst in Deutschland wurden letztes Jahr durch eine Verfassungsänderung solche «*Out of area*»-Einsätze prinzipiell möglich. Die ersten Weichenstellungen für diese Verfassungsänderung reichen mindestens bis in das Jahr 1986 zurück.

Legitimationslücke durch neue Bedrohungsbilder ersetzt

Seit 1990 haben sich die Rahmenbedingungen grundlegend verändert: Mit dem *Wegfall der Sowjetunion* war auch die einfache und eindimensionale Begründung für die NATO hinfällig geworden; es wurden neue Bedrohungsbilder errichtet, wie der Islam, die Gefährdung der Rohstoffquellen und das Auftreten neuer Regionalmächte; in den USA stieg der innenpolitische Druck gegen Rüstungskosten, und die Forderung nach einer Lastenumverteilung zwischen den NATO-Staaten bekam mehr Gewicht. Die westeuropäischen Staaten sollten mehr beitragen, hiess die Devise; die deutsche

Wiedervereinigung prägte das neue Ost-West-Verhältnis und es wuchsen auch die Spannungen zwischen westeuropäischen Partnern und den USA.

Durch diese neue Ausgangslage geriet die NATO bis 1992 in eine tiefe Legitimationslücke, war öffentlich nicht mehr gefragt und stand auch nicht mehr im Zentrum des Interesses der Regierungen. Anfang der 90er Jahre kamen visionäre Vorstellungen von einem «Neuen Europa» auf. Die Hoffnung richtete sich auf das «*Europäische Haus*», ein Bild, das vom früheren Präsidenten der Sowjetunion Michail Gorbatschow geprägt wurde. Vor allem für die kleineren osteuropäischen Länder war diese Perspektive verheissungsvoll. Die «Charta für ein neues Europa», die im November 1990 in Paris von der KSZE verabschiedet wurde, stellte darauf ab, dass Konflikte künftig gemeinsam und im KSZE-Rahmen gelöst werden sollten. Diese Hoffnungen erfüllten sich aber nicht, weil die wichtigsten westlichen Staaten konkret nichts unternahmen zur Stärkung und Kompetenzerweiterung der KSZE.

Daraus entstand der Sog der mittelosteuropäischen Staaten in die NATO, der seitdem unter der Überschrift «*NATO-Osterweiterung*» breit diskutiert wird. Der bisherige KSZE/OSZE-Botschafter Ungarns, *Istva Gjarmati*, kommentierte kürzlich an einer Tagung in Loccum diese verpasste Chance bitter: «Wir hatten alle die grosse Hoffnung, dass aus der KSZE das Instrument zur gemeinsamen Sicherheitspolitik in Europa wird. Wir sind bitter enttäuscht vom Westen, dass er das nicht gewollt und nicht umgesetzt hat.»

In diesen Jahren sind klare Weichenstellungen zu Ungunsten der KSZE gefallen. Obschon der deutsche Kanzler Kohl 1990 die KSZE als «Herzstück der europäischen Architektur» bezeichnete, benutzte er sie doch nur als *Feigenblatt für die deutsche Europapolitik*. Die USA reagierten immer ängstlich gegenüber einer Stärkung der KSZE. Sie nutzten sie zwar, um das Menschenrechtsthema in Osteuropa zu propagieren, dabei wurden aber wirtschaftliche

Aspekte vernachlässigt. Die Mittel der KSZE selber wurden immer minimal gehalten.

Zusammengefasst muss festgehalten werden: Die KSZE wurde nicht gestärkt, und sie wurde nicht genutzt im ersten grossen Konflikt, im ehemaligen Jugoslawien.

Wo hört Europa auf?

So wurde es möglich, dass die NATO die Phase überwinden konnte, in der sie grosse Schwierigkeiten hatte, ihre Legitimität neu zu begründen. Die Idee mit dem in Travemünde geschaffenen *NATO-Kooperationsrat* war ein Versuch dazu. Damit wurde ein erster Schritt zur Einbindung weiterer europäischer Staaten getan. Eine grosse Frage dabei ist, welche Vorstellung von europäischer Identität dahintersteht. Die NATO scheint ein klares Bild davon zu haben, was zu Europa gehört. So äusserte der frühere NATO-Generalsekretär *Manfred Wörner*: «In die NATO können nur solche Staaten aufgenommen werden, die eine gemeinsame Geschichte, Kultur, Religion und ein gemeinsames Wertesystem haben.» Sein Nachfolger *Willy Claes* begründete, wieso Staaten der ehemaligen Sowjetunion nicht dazu gehören können: «Diese entstammen dem byzantinischen Reich und haben keine entwickelte demokratische Kultur.»

Die Grenze durch Europa verlief gemäss solcher Definitionen genau *durch Sarajewo hindurch*, sie verlief entlang der Grenze zwischen dem westlichen Abendland mit katholischer/protestantischer Tradition und orthodoxen Gebieten. Das hiesse also: Rumänien, die Slowakei oder Serbien liegen auf der anderen Seite, jenseits des «neuen Zauns» in Europa. Dass die Türkei trotzdem als NATO-Mitgliedstaat dabei ist, hat strategische Gründe. Die Grundsatzfrage, an der auch die NATO-Politik zu messen ist, lautet: Europa mit oder ohne Russland?

Die Debatte über die Ost-Erweiterung der NATO läuft derweil weiter, beschränkt sich aber auf die *ersten potentiellen Neumitglieder* Polen, Tschechien und Ungarn. Verlangt würde von diesen Staaten viel:

Nach einer Studie des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums müssten sie bis ins Jahr 2010 ihre Armeen für 124 Milliarden Dollar auf *NATO-kompatible Waffensysteme* umrüsten. Die Ost-Erweiterungsdiskussion allein hätte aber nicht für die neue Legitimation der NATO ausgereicht. Wohl auch darum war der Krieg im ehemaligen Jugoslawien willkommen. Er wurde dazu benutzt, die UNO zu diskreditieren, so dass sie heute am Tiefpunkt ihres Ansehens seit 1945 steht. Allerdings werden beide Institutionen durch die gleichen Mächte bestimmt.

Die UNO wurde aktiv angeschwärzt

Das UNO-Mandat in *Ex-Jugoslawien*, so wie es angelegt war, konnte nur schiefgehen. Die veröffentlichte Meinung lautet fast einhellig: Die UNO hat versagt, doch die NATO ist bereit einzugreifen, wenn die UNO es zulässt. Wenig beachtet wurde die reale Aufgabenteilung, wie sie UNO-Generalsekretär *Boutros Ghali* in einem Interview mit dem «*Nouvel Observateur*» geschildert hat: «Die Militärs der UN-Truppen in Ex-Jugoslawien haben keine meiner Anweisungen befolgt, sondern nur nach den Befehlen aus ihren Zentralen in Paris und London gehandelt.» Jetzt soll die Rolle der NATO positiv definiert werden: Sie soll künftig zum *militärischen Arm von UNO und OSZE* gemacht werden, wobei die NATO das Kommando und die Kontrolle innehat. Seit 1992 gibt es dafür konkrete Planungen und Vorstellungen. Dazu gehört die neue Doktrin, dass Informationen nur unter den NATO-Ländern ausgetauscht, nicht aber an die UNO weitergegeben werden. Drastisch hat dies das Massaker gezeigt, das serbische Truppen im Juli 1995 in *Srebrenica* verübt haben: Von dieser Offensive haben die NATO-Geheimdienste im voraus gewusst, ohne ihr Wissen weiterzugeben oder zu handeln.

Mit ihrer neu definierten Strategie behält sich die NATO auch vor, die Art eines Einsatzes selber zu bestimmen. An der NATO-Aussenminister-Tagung vom 3. bis 4. Juni 1996 in Berlin soll mit dem Doku-

ment «MC 400-1» diese neue Konzeption verabschiedet werden: Die neuen Aufgaben für das Militärbündnis werden wesentlich «*out of area*» gesehen; die Strukturen sollen so verändert werden, dass auch europäische NATO-Staaten alleine Einsätze führen können; es sollen flexiblere, pragmatischere Militäreinsätze möglich werden; die Bewaffnungen und Strukturen der Streitkräfte sind entsprechend anzupassen, beispielsweise werden schon heute mehr Schiffe und Transportflugzeuge beschafft. Nebenbei wird unter der Sicherung des Vertragsgebiets auch die Sicherung von *Rohstoffen* und freiem Zugang zu den *Weltmärkten* verstanden.

Auch die Rolle der *Nuklearwaffen* wird neu definiert. Konstante bleibt das Konzept des *Ersteinsatzes* von Atomwaffen. Neu und erschreckend sind Vorbereitungen darauf, die Weiterverbreitung von ABC-Waffen und ballistischen Raketen «mit militärischen Mitteln» verhindern zu wollen. Bestärkt wird im Rahmen der NATO-Politik die Drohung mit einem Einsatz von Atomwaffen.

Folgerungen

1. Auch eine gewandelte NATO ist *keine Antwort* auf die Sicherheitsprobleme in Europa und dem Rest der Welt.

2. Auch harmlos klingende Programme wie die «Partnerschaft für den Frieden» sind *Vorstufen zu einer Einbindung* in das Militärbündnis. Sie bedeuten andererseits die Aufgabe des Denkens in politischen Alternativen. Umso bedauerlicher ist es, dass sogar das IKRK entschieden hat, bei der NATO-Partnerschaft mitzumachen.

3. Die richtige Antwort bleibt, eine *gesamteuropäische Sicherheits- und Friedensstruktur* aufzubauen, in der Russland miteinbezogen ist. Falls in dieser Struktur militärische Elemente vorgesehen sind, müssen diese bei der OSZE und nicht bei der NATO angesiedelt werden.

4. Im nächsten halben Jahr bestünde Gelegenheit, über diese Fragen konkret am *Einsatz der IFOR-Truppe* in Bosnien zu diskutieren. Das Dayton-Abkommen sieht

den Abzug der NATO aus dem ehemaligen Jugoslawien vor – aber es braucht eine starke internationale Präsenz. Wie soll eine militärische Präsenz in Bosnien aussehen? Dazu gehören würde eine Polizeitruppe mit Zwangsmitteln in der Grössenordnung von 5000 bis 8000 Angehörigen. Zur Unterstützung des zivilen Aufbaus und der Versöhnungsarbeit vor Ort könnten einige tausend

Friedensarbeiter und -arbeiterinnen einen wichtigen Beitrag leisten. Wenn aber die Wahlen in Bosnien ohne solche Begleitprogramme durchgeführt werden und die Voraussetzungen für einen Abzug der NATO bis im November 1996 nicht geschaffen sind, besteht die Gefahr, dass die OSZE für alle negativen Folgen verantwortlich gemacht wird.

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

«New Public Management» oder Der Abschied vom Gemeinwohl

«New Public Management» (NPM) heisst einer der vielen Anglizismen, die heute zur «marktkonformen» Umkremplung des Staates herumgeboten werden. In der Schweiz hat NPM unter dem Namen «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung» (WIF oder WOV) eine etwas weniger ideologieverdächtige Eindeutschung erhalten. Das eine wie das andere Kürzel verdankt seine gegenwärtige Hochkonjunktur der maroden Situation der Staatsfinanzen, die freilich nicht «naturegegeben» daherkommt, sondern eine gigantische Umverteilung von unten nach oben widerspiegelt. Es geht bei der neoliberalen Begründung von NPM oder WIF/WOV denn auch nur vordergründig um Sparpolitik. Dahinter steht ein neues Verständnis des Staates: Dieser soll sich als «Konzern» begreifen, privatwirtschaftlicher Gewinnmaximierung nacheifern, seine Leistungen als «Produkte» verkaufen, sich am Markt behaupten und die Grundwerte des Gemeinwohls durch «Effizienz» und «Kundennähe» ersetzen. Umso mehr erstaunt die Bereitwilligkeit, mit der sich auch rotgrüne Stadtregierungen wie in Bern oder Zürich auf WIF/WOV-Experimente einlassen. Könnten diese in Kombination mit einem linken Staatsverständnis etwa auch eine andere Richtung einschlagen, als die von den Neoliberalen anvisierte?

Der Anti-Staat

Die *neoliberale* NPM-Ideologie hat im *Zürcher Regierungsrat* einen beredten Anwalt gefunden. Er bringt sie in der Weisung zum Verwaltungsreformrahmengesetz vom 3. Januar 1996 auf den Punkt: «Die Politik verliert an Gestaltungsraum, weil sie nicht mehr unabhängig von grossräumigen Wirtschaftsentwicklungen die Rahmenbedingungen festlegen kann; sie muss sich – im Gegenteil – aktiv um die Standortgunst bemühen, damit nicht Arbeitsplätze in andere Länder und Gemeinwesen verlorengehen.» Politik reduziert sich in dieser Optik auf das Angebot von immer neuen Standortvorteilen für die sog. Wirtschaft. Das heisst im Klartext: Politik kapituliert vor dem Kapital, das im «eigenen» Land nur bleibt und investiert, wenn es hier immer noch mehr privilegiert und gehätschelt wird. «Die Standortwahl der Bürger, die Standortwahl der Wirtschaft wird dann die sein, dass man dorthin geht, wo man bessere Leistungen für weniger Geld bekommt», sagt der als «Wirtschaftsführer» vorgestellte Robert A. Jeker im Gespräch mit dem «Schweizer Arbeitgeber» (16.3.95).

Der Staat, der sich derart einseitig mit dem Kapital identifiziert, wird zwangsläufig Anti-Staat. Seine oberste Maxime ist nicht mehr das Gemeinwohl, das er gegen